



Die Fläche in Ostringhausen ist weitgehend voll. Foto: kam

## WNK/UWG hat Fragen zu Gewerbeflächen

Die WNK/UWG hat Fragen zum Gewerbeflächenkonzept, das der Rheinisch-Bergische Kreis erstellt und das in den Regionalplan einfließen soll. Interessant sei vor allem, wie sich Wermelskirchen zukünftig hinsichtlich Gewerbeflächen weiterentwickelt. Wie Fraktionsmitglied Rüdiger Bornholt in einer Anfrage betont, halte die WNK/UWG eine Beteiligung von Stadtentwicklungsausschuss und Rat schon früh für „dringend erforderlich.“ Die Politiker möchten wissen, wer in der Verwaltung mit welchen Mitarbeitern bei der Bezirksregierung Köln bisher Gespräche geführt hat und welche Flächen in das Gewerbeflächenkonzept einfließen. acs

# Dem Freibad droht 2017 das Aus

WGA  
11.11.2016

Der verregnete Sommer und Forderungen der Stadt bringen den Betreiberverein in finanzielle Schwierigkeiten.

Von Anja Carolina Siebel

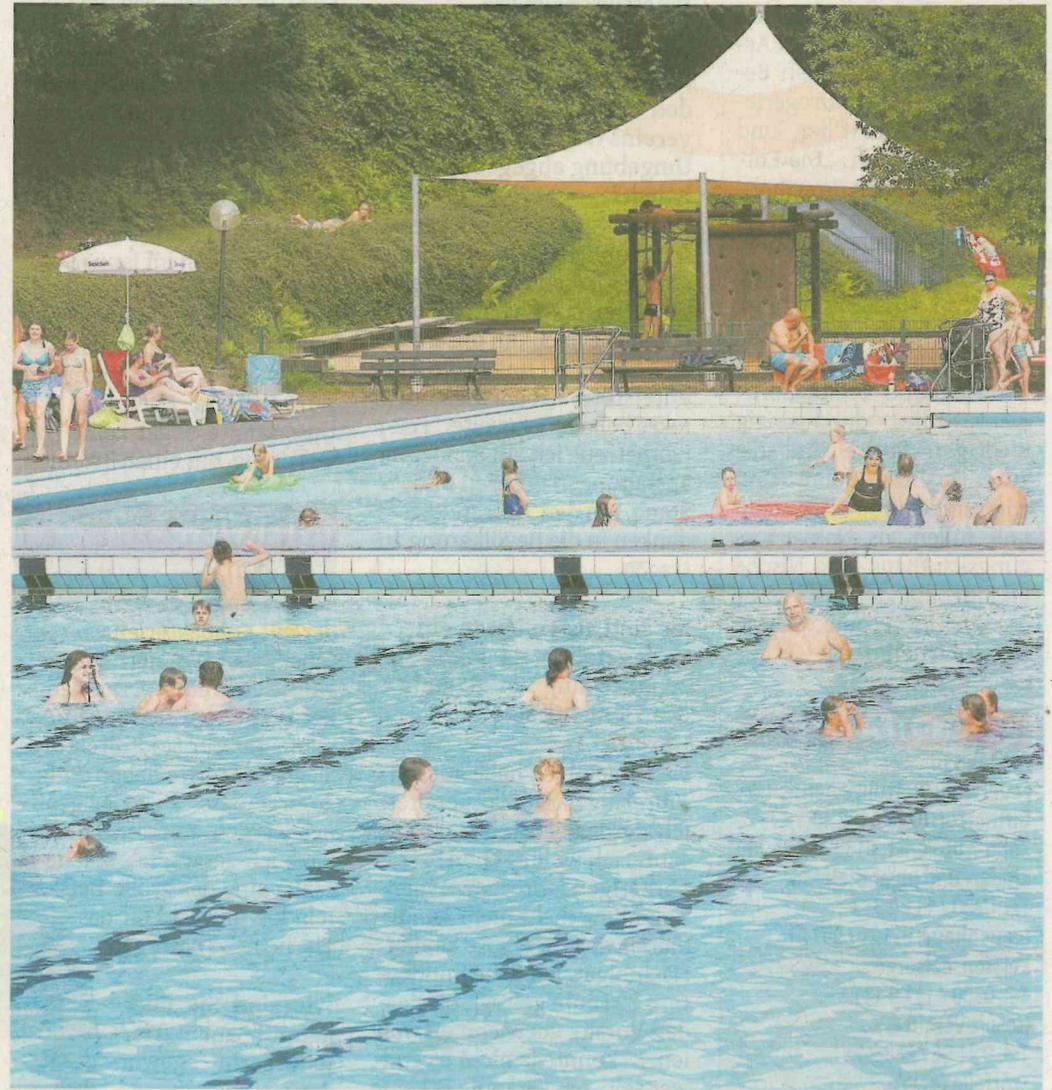
Eigentlich hatten sie Großes vor im Freibad Dabringhausen. Wäre es nach dem Vorstand des Betreiber- und des Fördervereins gegangen, hätte im Sommer 2017 eine riesige Wasserrutsche die Badegäste ins Linnefetal gelockt. Jetzt ist sogar unklar, ob das Freibad in der kommenden Sommersaison überhaupt öffnen kann. Der Grund sind „erhebliche finanzielle Probleme“, wie der Vorsitzende des Fördervereins, Michael Unbehaun, mitteilt.

Nach der miesen Saison 2016, während der wegen des schlechten Wetters kaum Gäste kamen und die Einnahmen entsprechend gering blieben, sind die Kassen des Betreibervereins leergespült. Etwa 130 000 Euro kostet das Freibad pro Jahr. 75 000 Euro davon übernimmt die Stadt. „Allerdings gehen davon noch immer rund 40 000 Euro Nebenkosten ab“, erklärt Unbehaun.

Vor allem die Abwasserkosten seien seit 2014 um fast 10 000 Euro gestiegen. Zu hohe Ausgaben für eine Saison wie die zurückliegende. „Wir mussten unsere gesamten finanziellen Bestände locker

halb jetzt mehr denn je auf Unterstützung von außen. Für den 30. November haben sie zu einer Mitgliederversammlung eingeladen, zu der aber nicht nur Mitglieder, sondern alle Interessierten kommen können. „Wenn wir das Freibad erhalten wollen, brauchen wir eine ähnlich hohe Spendensumme, wie wir sie schon einmal im Jahr 2012 gesammelt haben“, schätzt der Vorsitzende. Damals seien das rund 70 000 Euro gewesen. Die Schwierigkeit: Die Vereine brauchen nicht nur für eine Saison Geld, sondern dauerhaft. Von der Stadt wird dieses Geld allerdings kaum kommen. Dennoch erhoffen sich die Aktiven auch Unterstützung von den Fraktionen.

WNK/UWG und SPD haben die Vorstandsmitglieder bereits zu Gesprächen eingeladen. „Wir wollen uns mal anhören, was eigentlich genau benötigt wird“, sagten sowohl Henning Rehse (WNK/UWG) als auch Jochen Bilstein (SPD): „Das Freibad ist für uns so etwas wie eine heilige Kuh“, betonte Henning Rehse. „Es gehört zur Infrastruktur unserer Stadt! Eine Alternative haben wir nicht.“



Solche Tage mit Temperaturen über 25 Grad waren vor allem in der ersten Hälfte des Sommers leider selten. Entsprechend wenig Einnahmen wurden in die Kassen des Betreibervereins gespült.

Foto: Roland Keusch

machen, um die Kosten dieses Jahr zu tragen“, berichtet Unbehaun. Hinzu kommt, dass die Verwaltung nun möchte, dass die Vereine eine sogenannte Abwassermessanlage anschaffen, um die genaue Menge an anfallendem Abwasser nachhalten zu können. Unbehaun: „Auch diese Anschaffung können wir aus eigener Kraft keinesfalls stemmen.“

Die Ehrenamtler hoffen des-

#### **Fractionen glauben nicht, dass die Stadt mehr zahlen kann**

Das sieht auch Stefan Janosi (Grüne) als Problem: „Grundsätzlich ist das Freibad natürlich zu unterstützen. Allerdings tragen wir auch die Fessel des Haushaltssicherungskonzepts. Und es gibt ja viele andere Dinge, die wir derzeit vor der Brust haben, zum Beispiel den Freizeitpark. Es wird auf jeden Fall schwierig.“ Der

Fraktionsvorsitzende der CDU, Christian Klicki, betont, dass seine Fraktion sich von Anfang an für das Wald Freibad eingesetzt habe. Auch er glaubt eher nicht, dass die Verwaltung den Betrag erhöhen könne: „Das ist wirklich fraglich.“

Für das Treffen am 30. November erhoffen sich Michael Unbehaun und seine Mitstreiter viel: „Wir hatten ja auch schon Spendenangebote aus der Unternehmerschaft, als es noch um die Wasserrutsche

ging.“ Sollte das Freibad auch nächste Saison wieder öffnen können, werden in jedem Fall die Mitglieder mehr anpacken müssen. „Von unseren rund 400 Mitgliedern sind es eigentlich immer dieselben, die beispielsweise bei den Aufräumaktionen helfen“, sagt Unbehaun. Förder- und Betreiberverein betonen, dass sie alles tun werden, um das Dabringhauser Freibad auch weiterhin öffnen zu können. Sicher ist das derzeit aber nicht.

#### **SPENDENAKTION**

**SITZUNG** Der Förderverein sowie der Betreiberverein des Freibads laden für Mittwoch, 30. November, ab 19.30 Uhr alle am Freibad Interessierten zu einer Mitgliederversammlung ein. Die Besucher können Fragen stellen und mitdiskutieren. Gleichzeitig soll das Treffen der Auftakt zu einer groß angelegten Spendenaktion sein.

# CDU will Klarheit für Sponsoren schaffen <sup>WGA</sup> <sub>15.11.</sub>

Freizeitpark: 3 Fraktionen stellen Bedingungen.

Von Karsten Mittelstädt

Nachdem die CDU, wie der WGA am vergangenen Samstag berichtete, mehrheitlich für den Standort Zenshäuschen als Freizeitpark ist, reagierten am Wochenende auch die Fraktionen, für die Zenshäuschen bislang nicht die erste Wahl war.

WNK UWG, BüFo und FDP legten einen gemeinsamen Antrag für die Sportausschusssitzung am Mittwoch vor, der in einem wesentlichen Punkt vom CDU-Antrag abweicht. „Wir möchten, dass der Standort Zenshäuschen jetzt beschlossen wird, damit Jugendliche, aber auch potenzielle Sponsoren wissen, woran sie sind“, sagt CDU-Fraktionschef Christian Klicki. WNK UWG, BüFo und FDP wollen aber nur zustimmen, wenn die Grundstücksverkäufe mit den Gewerbetreibenden zustandekommen und die Verwaltung ein belastbares Finanzierungskonzept vorlegt. Alle anderen Änderungswünsche der Fraktionen sind minimal. Allerdings möchte die CDU Bürgermeister Rainer Bleek nicht aus der Verantwortung nehmen. Er solle spätestens zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes im Frühjahr, das Finanzierungskonzept vorlegen.

Das hat Bleek nach eigenen Angaben ohnehin vor. „Wir werden nun alle in Frage kommenden Fördermöglichkeiten ermitteln“, kündigte Bleek an und erinnert an das Beispiel



**Christian Klicki: Die CDU will den Standort Zenshäuschen beschließen.**

Foto: Keusch

Wuppertal, wo es für eine ähnliche Anlage erhebliche Fördermittel gab.

Außerdem setzt er auf die Gespräche mit möglichen Sponsoren, die er bereits in der Vergangenheit geführt hat, und in denen finanzielle Unterstützung signalisiert wurde.

Im Gegensatz zum CDU-Antrag fordern die drei Fraktionen von WNK UWG, BüFo und FDP in ihrem Beschluss konkret, dass zwei Grundstücke an die interessierten Gewerbetreibenden (Lidl und Messink) verkauft werden. Gleichzeitig sollen Grundstücksverhandlungen mit dem Autohaus Hildebrandt geführt werden, um einerseits ein städtisches Grundstück an das Autohaus zu verkaufen und andererseits, Grundstücke zu erwerben, damit der Radweg bis nach Zenshäuschen geführt werden kann.

# Politik einigt sich auf Standort

Im Sportausschuss wird es morgen eine Mehrheit für die Fläche bei

## für einen Jugendfreizeitpark

BM  
15.11.

Zenshäuschen geben. Dann muss ein Finanzierungskonzept erstellt werden.

**WERMELSKIRCHEN** (ser) Die politische Diskussion um einen geeigneten Standort für einen Jugendfreizeitpark hat ein Ende. Die CDU-Fraktion, die sich zuletzt noch bedeckt hielt, wird dem Standort bei Zenshäuschen (zwischen Dellmannstraße, Lidl und den Autohäusern Messink/Hildebrandt) zustimmen. SPD und Grüne hatten sich

bereits zuvor für diese Fläche ausgesprochen. Bei einem „Runden Tisch“ in der vergangenen Woche sei deutlich geworden, dass die drei Gewerbetreibenden mit der von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Kompromisslösung leben können, begründet Christian Klicki. „Jetzt gibt es keine Verlierer mehr, sondern nur noch Gewinner“, sagt der

CDU-Chef. Daher werde seine Fraktion morgen, Mittwoch, im Sportausschuss für den Standort Zenshäuschen stimmen.

Nach dem „Runden Tisch“ haben auch die Fraktionen von WNKUWG, FDP und Bürgerforum, die zunächst gegen den Standort Zenshäuschen waren, ihre Meinungen geändert. Auch sie wollen für diesen Standort

stimmen – „vorbehaltlich des Zustandekommens der erforderlichen Grundstückstransaktionen und der Vorlage eines belastbaren Finanzierungskonzeptes“, teilen die drei Fraktionen mit. Die CDU werde sich dafür einsetzen, den Beschluss nicht unter Vorbehalt zu fassen. „Klar ist: Nur mit einer gesicherten Finanzierung gibt es einen Freizeit-

park. Wir sollten den Standort aber ohne Vorbehalt beschließen“, meint Klicki. „Die Jugend muss jetzt das Signal bekommen, dass etwas passiert.“ Nach dem Standort-Beschluss müsse der Bürgermeister ein Finanzierungskonzept erstellen. Zudem soll er sich um Fördermittel bemühen. „Wir haben etwas Sorgen, jetzt eine konkrete Summe in

den Haushalt einzustellen, die uns dann durch die Kommunalaufsicht um die Ohren fliegt. Der Bau eines Freizeitparks ist eine freiwillige Aufgabe“, sagt Klicki. Man dürfe daher jetzt auf keinen Fall den Fehler machen, Institutionen, die auf städtische Zuschüsse angewiesen sind, etwa der Freibad-Förderverein, gegeneinander auszuspielen.

# Politiker sprechen sich für den Neubau des Quellenbades aus

WG A  
13.11.

Sportausschuss mehrheitlich gegen Sanierung der maroden Anlage.

Von Sebastian Radermacher

Eine Sanierung des Quellenbades ist endgültig vom Tisch. Im Ausschuss für Sport, Freizeit und Tourismus fassten die Politiker mit großer Mehrheit – bei drei Enthaltungen – den Beschluss, das bestehende Bad nicht mehr zu sanieren und stattdessen einen Neubau in Angriff zu nehmen.

„Irgendwann ist der Punkt erreicht, da lohnt es sich einfach nicht mehr, noch mehr Geld in dieses Gebäude zu stecken. Man wird an allen Ecken und Ende noch weitere Mängel feststellen. Das ist ein Fass ohne Boden“, meinte Norbert Kellner (WNKUWG). „Wir sollten uns endgültig von einer Sanierung verabschieden.“

Dies sah auch Oliver Platt (Bürgerforum) so: Die bislang ermittelten Sanierungskosten

seien nur ein Bruchteil von dem, was tatsächlich auf die Stadt zukommen werde. „Außerdem ist laut Gutachter eine energetische Sanierung fast unmöglich“, sagte Platt.

## Die Kosten schwanken zwischen 7,6 und 11,3 Millionen Euro

Norbert Galonska forderte für die SPD-Fraktion, dass die Stadtverwaltung vor einem Beschluss „belastbare Zahlen zur Wirtschaftlichkeit“ liefert. Es seien noch einige Fragen ungeklärt, zum Beispiel, nach welchem Energiestandard gebaut werden soll oder wie stark sich die Energiekosten durch eine Sanierung senken lassen könnten.

Die Deutsche Gesellschaft für das Badewesen hatte in einer Analyse die Nutzung des Quellenbades über viele Jahre ermittelt. „Zwischen den er-

mittelten Sanierungskosten und den Investitionskosten für einen Neubau liegen fast vier Millionen Euro“, sagte Galonska und fügte an: „Wir möchten keine Sanierung erzwingen, es sollten aber genaue Kosten als Grundlage vorliegen.“

Die Kosten für einen Neubau liegen nach derzeitiger Schätzung – je nach Größe und Ausstattung – zwischen 7,6 und 11,3 Millionen Euro. Wobei diese Summen nur 85 Prozent der Gesamtkosten abbilden. Kämmerer Bernd Hibst geht davon aus, dass für die von der Verwaltung favorisierte mittlere Variante die Kosten von 8,3 auf mehr als zehn Millionen Euro steigen werden.

Galonska merkte an, dass man auch die Kosten für den möglichen Erwerb eines geeigneten Grundstücks im Hinterkopf haben müsse.

Die große Aufgabe wird nun sein, einen Hallenbad-Neubau zu finanzieren. Fakt ist: Im Haushaltssicherungskonzept muss die Kommunalaufsicht einer solchen Millioneninvestition zustimmen. Wie die Finanzierung eines neuen Hallenbades gestemmt werden kann, zeigt das Beispiel Dormagen. Für 10,8 Millionen Euro wird dort ein neues Bad gebaut, das 700 Quadratmeter Wasserfläche aufweist und damit größer wird als der anvisierte Neubau in Wermelskirchen (435 Quadratmeter Wasserfläche).



Eine Sanierung des Quellenbades lohnt nicht. Der Sportausschuss spricht sich für einen Abriss und Neubau aus. Archivfoto: H. Draheim



Für das Polizeigebäude, das umgebaut wird, hatte die CDU schon eine Reduzierung der Plätze durchgesetzt.

Foto: Mittelstädt

## Politik will kleinere Flüchtlingsunterkünfte

WG  
24.11

CDU und WNK UWG fordern Höchstgrenzen.

Die CDU-Fraktion hatte im Zusammenhang mit der Diskussion über den Umbau des früheren Polizeigebäudes in eine Flüchtlingsunterkunft schon durchgesetzt, dass die Zahl der dort untergebrachten Flüchtlinge spätestens im Sommer auf 40 reduziert werden soll. Jetzt stellen die Fraktionen von CDU und WNK UWG einen gemeinsamen Antrag und setzen sich dafür ein, dass die politischen Gremien Maßstäbe für die Unterbringung von Flüchtlingen beschließen.

In diesem Zusammenhang soll die Stadtverwaltung folgende Vorgaben einhalten: An keinem Standort bzw. keiner Straße sollen mehr als 40 Zuwanderer leben, in den Außenbezirken soll die Zahl auf 20 Flüchtlinge begrenzt werden. An jedem Standort, an dem Flüchtlinge untergebracht werden, soll es im Vorfeld Bürgerversammlungen geben. Neubaumaßnahmen seien

grundsätzlich abzulehnen – sofern sie doch erforderlich sind, soll die Stadt einen Generalunternehmer damit beauftragen. Öffentliche Einrichtungen und Sportplätze, die auch künftig genutzt werden, sollen laut CDU und WNK UWG nicht als Unterkünfte zur Verfügung stehen. Standort-Angebote, die bei der Stadtverwaltung eingehen, sollen den Fraktionen mitgeteilt werden. Und die Verwaltung soll einen Holzhäuser-Standort für maximal 40 Personen nach dem Vorbild Odenthal planen. Mit der Begrenzung der Belegungszahlen möchten die Fraktionen Rahmenbedingungen für eine gelungene Integration schaffen, „so dass die deutsche Sprache und unsere Leitkultur weiterhin erfolgreich erlernt bzw. kennengelernt werden kann“, teilen CDU und WNK UWG mit. Durch frühzeitige Bürgerbeteiligung soll das Miteinander gestärkt werden.

ser/kam

## Fraktionen fordern Maßstäbe für BM 74. M Flüchtlingsstandorte

**WERMELSKIRCHEN** (ser) Die Fraktionen von CDU und WNKUWG setzen sich dafür ein, dass die politischen Gremien Maßstäbe für die Unterbringung von Flüchtlingen beschließen. In diesem Zusammenhang soll die Stadtverwaltung folgende Vorgaben einhalten: An keinem Standort bzw. keiner Straße sollen mehr als 40 Zuwanderer leben, in den Außenbezirken soll die Zahl auf 20 Flüchtlinge begrenzt werden. An jedem Standort, an dem Flüchtlinge untergebracht werden, soll es im Vorfeld Bürgerversammlungen geben. Neubaumaßnahmen seien grundsätzlich abzulehnen – sofern sie doch erforderlich sind, soll die Stadt einen Generalunternehmer damit beauftragen. Öffentliche Einrichtungen und Sportplätze, die auch künftig genutzt werden, sollen laut CDU und WNKUWG nicht als Unterkünfte zur Verfügung stehen. Standort-Angebote, die bei der Stadtverwaltung eingehen, sollen den Fraktionen mitgeteilt werden. Und die Verwaltung soll einen Holzhäuser-Standort für maximal 40 Personen nach dem Vorbild Odenthal planen. Mit der Begrenzung der Belegungszahlen möchten die Fraktionen Rahmenbedingungen für eine gelungene Integration schaffen, „so dass die deutsche Sprache und unsere Leitkultur weiterhin erfolgreich erlernt bzw. kennengelernt werden kann“, teilen CDU und WNKUWG mit. Durch frühzeitige Bürgerbeteiligung soll das Miteinander gestärkt werden.